



Staat, Staatsbürger und Bundeswehr

In jeder Nation spielte von jeher die bewaffnete Macht eine mehr oder weniger bedeutende Rolle. Auch in der Gegenwart gibt es mehr als genug Beispiele der beherrschenden Rolle von Armeen und Armeeführern bis zu den Tatsachen ausgesprochener Militärdiktaturen. Selbstverständlich muß bei der Betrachtung solcher Vorgänge die geschichtliche Entwicklung und vor allem der gegenwärtige Entwicklungsstand eines Volkes betrachtet werden.

In diesem Sinne ist auch die deutsche Militärgeschichte ein besonderes Kapitel, das in der Zeit der Weimarer Republik und in den Jahren des Bestehens der Bundesrepublik in weiten Bevölkerungskreisen zu einem kühlen Verhältnis zur bewaffneten Wehr des Staates bis zur mißtrauischen Ablehnung jeglicher militärischen Führung und Organisation führte.

Nur am Rande sei vermerkt, daß unter Ausnutzung unserer freiheitlichen Möglichkeiten staatsfeindliche Elemente, teils mit auswärtiger Agentenunterstützung, eine Anti-Bundeswehrstimmung anzuheizen versuchen.

Die Frage ist nun: Wie ist denn eigentlich das Verhältnis des Staates und der Staatsbürger zur Bundeswehr? — In der Weimarer Republik mußte die Frage umgekehrt lauten: Wie ist das Verhältnis der Reichswehr zum Staate? Und gerade aus den **Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik** müssen die entscheidenden Folgerungen gezogen werden.

Einer der fähigsten Köpfe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in den 20er Jahren, Julius Leber, formulierte richtig:

„Die Armee als dienendes Glied der Republik dem Volksganzen einordnen.“

Zum zweitenmal in der Geschichte hat das deutsche Volk eine demokratische Republik. Zum zweitenmal muß das deutsche Volk in demokratischer Freiheit mit Problemen fertig werden, die beim ersten Versuch nicht bewältigt wurden und zur Katastrophe führten.

Zu diesen Problemen gehörte in erster Linie die bewaffnete Macht des Staates. Ist es nicht beschämend, daß in totalitären Staaten, im monarchistischen Deutschland ebenso wie unter Hitlers Schreckensherrschaft, Glanz und Gloria militärischer Herrlichkeit dem Volke mit übertriebener Schaumschlägerei dargeboten wurden — und heute noch in der Sowjetunion wie in der DDR praktiziert werden —, in unserer freiheitlichen Demokratie aber Schwierigkeiten bestehen, eine selbstverständliche Verbundenheit zwischen der Bundeswehr und der gesamten Bevölkerung herzustellen? Es ist wahr, daß geschichtliche Belastungen die Gegenwart erschweren. Es ist sogar natürlich, daß gar manche höhere Militärs nicht über ihren persönlichen Schatten springen können und unentwegt Überholtem verhaftet sind. Es ist aber unnatürlich, aus solchen Einzelercheinungen ein Bausch- und Bogen-Gezeter zu entwickeln.

Es ist grundsätzlich falsch und widerspricht den Prinzipien der freiheitlichen Demokratie, der Bundeswehr als Ganzes anzulasten, sie habe es nicht verstanden, sich als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft zu fühlen. Die Erscheinungsform der bestehenden Distanz zwischen Truppe und Bevölkerungsteilen, die ein Staatswesen immer belasten muß, ist durchaus im peinlichen Mangel an fähiger Staats- und Gesellschaftspolitik zu suchen. Nicht die Truppe hat die Gesellschaftspolitik zu machen oder zu vertreten; zudem wäre sie damit vollkommen überfordert. Die vom Volke gewählten Politiker hatten und haben dafür zu sorgen, die Übereinstimmung von Staat, Staatsbürger und Bundeswehr ins rechte Lot zu bringen. Das Parlament hat dazu alle Möglichkeiten, notwendige Beschlüsse zu fassen und die Ausführung zu überwachen. Ein Scheitern an Personen gibt es nicht, denn jede Person kann ersetzt werden, wenn sie dem Einordnen der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft im Wege steht.

Es wird aber nie ein Einordnen der Bundeswehr in die Maßstäbe der Gesellschaft geben, wenn die Politiker es nicht voraussetzend verstehen, die demokratische Gesellschaft mit ihrem Verstand und ihrem ehrlichen Willen zur Notwendigkeit des Bestehens

der Bundeswehr hinzuführen. Der Zustand der Wehrungerechtigkeit ist das fatalste Glied in der Kette der Fehlleistungen in der Wehrpolitik. Es genügt nicht, nur mit Gesetzesbuchstaben die Bundeswehr zu einem zuverlässigen Organ der Bundesrepublik machen zu wollen, — was die Reichswehr für die Weimarer Republik nie gewesen ist —, sondern es ist unerlässlich, sie ihrem ganzen Wesen nach zu einer Selbstverständlichkeit in der gesamten Bevölkerung werden zu lassen.

Dazu gehört auch die konsequente Anwendung der Gesetze gegen umstürzlerische Elemente, die mit gezielter Absicht und ungehemmt die Kluft zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu vertiefen suchen, zu Sabotage, Zersetzung und Unterwanderung öffentlich auffordern und Bundeswehroffiziere oder einrückende Rekruten auf der Straße anpöbeln. Die dauernde Duldung dieses Spukes wird nur dazu beitragen, die Isolierung der Bundeswehr voranzutreiben.

Wo ist die Freizügigkeit der Demokratie zu Ende?

Selbstverständlich da, wo die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln untergraben werden soll, wo dauernde Duldsamkeit einer dauernden Schwachheit Raum gibt. Julius Leber hat dies einmal sehr scharfsinnig ausgedrückt:

„Lauheit und Gutmütigkeit sind politisch größere Verbrechen als offene Ungerechtigkeit. Machen sie einen doch zum Gespött der Gegner und zum Gelächter für alle Gleichgültigen. Und es gibt in der Politik keinen schlimmeren und sichereren Tod als den Fluch der Lächerlichkeit!“

Lehren aus der Vergangenheit.

„Der Krieg ist kein Mittel der Politik! Es ist dies die Umkehrung der Formulierung von Clausewitz: 'Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln'.“

Diese klare Feststellung traf der Reichsbannerführer Julius Leber 1929 in einer Rede vor dem Reichstag. Dabei führte er auch aus, daß die Politik das Mittel sein sollte, Kriege zu verhindern. Da die internationale Politik noch keine Mittel habe, diesem Willen restlos zur Geltung zu verhelfen, müsse man sich mit dem Wehrprogramm befassen.

So wie Julius Leber haben von jeher führende Sozialdemokraten ihre Einstellung zur Wehrfrage bekundet. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß alle großen sozialdemokratischen Führer aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg sich mit aller Leidenschaft für die Verteidigung einer von Sozialdemokraten ganz oder teilweise mitgestalteten Republik verbürgt hatten.

Die Sozialdemokratie der Bundesrepublik steht heute in der Regierungsverantwortung. Sie steht in der Verantwortung für das Ansehen der Bundeswehr. Hinter den verbalen Angriffen gegen das militärische Potential und den Angriffen mit Scheinargumenten gegen das Auftreten unserer Bundeswehr bis hin zu massiver Gewalt muß die grundsätzliche Feindseligkeit gegen die bewaffnete Macht der Bundesrepublik beleuchtet und erkannt werden.

Wenn die Anti-Bundeswehr-Agitatoren sich Sozialisten nennen, aber demokratisch und grundgesetztreu sein wollen, um sich damit von den sich sozialistisch nennenden Verbalagenten ausländischer Mächte zu unterscheiden, dann sollten sie aus der Geschichte lernen.

Der große französische Sozialistenführer Jaurès schrieb 1912: *„Eine Partei, die den Mut nicht hätte, vom Volke alle die Opfer zu verlangen, die für seine Existenz und Freiheit notwendig sind, wäre eine verächtliche Partei. Sie würde bald an ihrer eigenen Unfähigkeit zugrunde gehen.“*

Schon 1905 verlangte Jean Jaurès in einer heftigen Debatte, daß die Verteidigungskraft einer Nation auf den höchsten Grad zu heben und die militärischen Einrichtungen in Einklang mit den Lebensbedingungen der republikanischen Demokratie zu bringen seien. Seine zweite Forderung lautete, daß zu gleicher Zeit alle Gleichgesinnten in Europa gemeinsam und gleichgeordnet allen Regierungen gegenüber dem Ausbruch von Kriegen vorzubeugen hätten.

Jean Jaurès, ein vorausschauender Europäer! Im Juli 1914 ermordeten ihn seine Feinde. Wenige Wochen später begann der 1. Weltkrieg.

Die Reichswehr und das Ende der Weimarer Republik.

Natürlich gab es unter den Sozialisten auch starke Gruppen leidenschaftlicher Pazifisten, die, besonders unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges, an eine Verhinderung von Kriegen durch den passiven Widerstand aller in allen Ländern glaubten. Sie haben gewiß in der Weimarer Republik wesentlich dazu beigetragen, daß ein immer schärferer Spannungszustand zwischen der Reichswehr und den Arbeitern entstand. Die Reichswehr, von vornherein unter ihrem Oberbefehlshaber von Seeckt, der in jedem Tropfen seines Blutes Monarchist war, auf der Tradition der alten Armee aufgebaut, wurde nie zu einem verlässlichen Faktor der Republik. Der ständige Widerstreit um das „Ob“ einer Wehr hat fortan das „Wie“ der Reichswehr verhindert, anstatt sie zum Organ der Republik umzugestalten. In diesem Dilemma war dann auch in der kritischen Zeit des faschistischen Umsturzes nicht an die Hilfe der Reichswehr zu denken. Nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 14. September 1930, der wie eine Bombe einschlug, keimten die ersten Hoffnungen auf, daß die Reichswehr die Republik noch retten könnte. Julius Leber schrieb hierüber:

„Noch Wochen danach liefen die unentwegten Pazifisten händeringend durch die Hallen des Reichstages, jedermann fragend, ob man sich wohl auf die Reichswehr verlassen könne. Gerade solche Fraktionskollegen, deren Antimilitarismus sonst keine Grenzen kannte, setzten jetzt ihre letzte schwache Hoffnung auf die Reichswehr . . .“

Dazu war es längst zu spät. Auch die Versuche des Reichsbannerführers Karl Höltermann, in letzter Stunde durch vielfache Kontakte mit der Reichswehr den faschistischen Umsturz zu verhindern, konnten nicht mehr zum Erfolg führen.

Das hatten weitsichtige Republikaner schon lange befürchtet, als sie immer wieder forderten, daß der republikanische Gedanke in der Reichswehr gepflegt werden müsse und **die Brücke gebaut werden sollte, die die Einheit ergebe zwischen dem Denken des Volkes und seiner Wehr.**

Unsere Aufgaben heute

Wenn solche geschichtlichen Betrachtungen dazu dienen, aus den Fehlern führender Politiker für unsere Gegenwart Schlußfolgerungen zu ziehen, dann können sie nur so aussehen:

Staatsvolk und Staatsmacht müssen in ihren Idealen und Zielen eine Einheit bilden.

Die Erhaltung der freiheitlichen Demokratie ist das gemeinsame Ziel. Es steht über allen Auseinandersetzungen der verschiedenen Meinungen und Richtungen.

Die Bundeswehr darf nur das Produkt des gemeinsamen Zieles sein, eng verbunden mit dem Willen des Volkes, der sich in der parlamentarischen Demokratie ausdrückt.

Robert Becker, Offenbach

Gespräch zwischen Reichsbanner und Bundeswehr

Ein Gespräch zwischen Reichsbanner und Bundeswehr am 16. September 1980 in Bonn, an dem der Bundesvorsitzende Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bundes-Ehrenvorsitzender Georg Prinz, stellv. Bundes-Vorsitzender Siegfried Keiling und Dr. Volkmar Zühlsdorff, sowie General Frank Schild in Vertretung des Ministers, Oberst Klaus-Jürgen Scharenberg und Oberstleutnant Hans Albrecht v. Wilckens teilnahmen, ergab eine breite Übereinstimmung in der staatsbürgerlichen Haltung gegenüber Volk und Gesellschaft. Das Reichsbanner als Vereinigung aktiver Demokraten, seinem Ursprung nach ein Bund der Kriegsteilnehmer, erkennt in der Bundeswehr eine volksverbundene Truppe, aufgebaut, bei aller militärischen Disziplin, in demokratischem Geiste und in der Achtung der Menschenwürde aller Bürger, in Zivil wie in Uniform.

Von Anfang an gab das Reichsbanner der Bundeswehr die Unterstützung, die sie braucht und verdient, weil sie, wie Kamerad Prinz zu Löwenstein betonte, im Dienst des Volkes zur Verteidigung der Freiheit steht und zugleich, umso wirksamer je stärker sie sei, Gewähr bietet für den Frieden. Denn alle totalitären Regime, faschistische, nationalsozialistische und kommunistische gleichermassen, verstünden Schwäche nur als Einladung zur Aggression.

Kamerad Georg Prinz, — Vorsitzender der „Union Deutscher Widerstandskämpfer — und Verfolgtenverbände e.V.“ und Vizepräsident der „Union Internationale de la Résistance et de la Déportation“, Brüssel —, stellte fest, für den freiheitlichen Geist der Bundeswehr sei der beste Beweis, daß der nichtkommunistische Widerstand die Bundeswehr, auch international, ohne Vorbehalt anerkenne und dies bereitwillig dokumentiere.

Zur Haltung der deutschen Jugend erklärte General Schild, diese habe einen starken Begriff vom Wert der Freiheit, weniger zunächst für viele der anderen Werte, die sich hieraus ergäben. Kamerad Keiling berichtete hierzu über positive Erfahrungen in Zusammenarbeit mit Reservisten und Vertretern aller Parteien, besonders bei Diskussionen im überschaubaren Kreis.

Das im freundschaftlichem Geiste geführte Gespräch klang aus in einem Überblick möglicher Formen und Anlässe gemeinsamer Aktivität von Reichsbanner und Bundeswehr, wie Tagungen, Jugendveranstaltungen, Seminaren, Austausch von Rednern und so fort, über die weitere Beratungen in Aussicht genommen wurden.

Dr. Volkmar Zühlsdorff, Bonn

Ist nur Waffenverzicht christlich?

Zur Problematik von Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung stellte der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) Landesbischof Lohse klar, daß nicht zu billigen sei, wenn der Eindruck erweckt werde, als ob allein die Versagung des Dienstes mit der Waffe verantwortlichem Handeln des Christen entspreche. Der Gefahr einer Mensch-

heitskatastrophe könne weder durch einseitigen Waffenverzicht noch durch Konzentration der Kräfte auf die Vermehrung militärischer Gewalt entgangen werden. Krieg solle nach Gottes Willen nicht sein, „aber die Verhinderung des Krieges erfolgt nicht nur und auch nicht in erster Linie durch diejenigen, die aus Gewissensentscheidung den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern.“

S.K.

„Unschuldige Opfer“

In unserem Zeitabschnitt der Terroranschläge, Bombenattentate, Geiselnahmen und Meuchelmorde, alle schön politisch und ideologisch motiviert, hat die Berichterstattung aller Medienarten den Begriff „*unschuldige*“ Opfer eingeführt, z.B.: „*Unter den Opfern waren auch unschuldige Kinder und unschuldige Frauen*“.

Aha, das Teufelchen im Unterbewußtsein! Es gab also auch Schuldige! Diesen Prominenten, natürlich. Jenen Politiker, na also. Einen Vertreter des großen Kapitals, kein Wunder. Die beiden Polizisten sowieso. Erst 21 und 23 Jahre alt. Was soll's. Eben Büttel des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Hat man jemals gehört oder gelesen von einem ermordeten „*unschuldigen Polizisten*“, einem „*unschuldigen Politiker*“ als Geiselofer? Keineswegs. An dem „*idealen Kern*“ von Terroristen, von dem so gerne gefaselt wird, ist wohl doch was dran? Vielleicht erwischen sie doch manchmal den „*richtigen Schuldigen*“? Sigmund Freud wird unseren Berichterstattern, Moderatoren, Kommentatoren und Leitartiklern schon heimlich den Weg weisen.

Furore machte dieses „*Unschulds*“-Thema erst kürzlich in Frankreich durch die Aussage des französischen Premiers. Anlaß war der Anschlag auf eine Synagoge in Paris. Der Premier hatte beklagt, daß unter den Todesopfern des Attentats auch „*unschuldige Franzosen*“ waren. Also wurden – das Teufelchen im Unterbewußtsein! – die Opfer in „*unschuldige Franzosen*“ und „*schuldige Juden*“ unterteilt. Der Aufschrei in Frankreich war deutlich hörbar. Eine klassische Freud'sche Fehlleistung, urteilten gescheite Analytiker.

Mordende Terroristen sind keine Freiheitskämpfer! Die Einteilung ihrer Opfer in „*Unschuldige*“ und möglich „*Schuldige*“ ist schon unterbewußt ein Teil-Zugeständnis an den Status von Richter und Henker zugleich. Die vordringliche Suche nach den Terror- und Mord-Motiven, nach den Standorten rechtsextrem oder linksextrem, kommt leicht in den Geruch der Suche nach dem gerechten oder ungerechten Mord. Das verdeckte oder doch recht undeutliche Ergebnis hängt dann jeweils von der Farbe der Brille des Beobachters ab.

Menschenverachtung, fanatische Verblendung und Lust an der Vernichtung anderer bedarf keiner besonderen oder gar entschuldigenden Wertung. Meuchelmord muß als solcher erkannt und genannt werden. Die Opfer bedürfen nicht der Werteskala ihrer Vernichtung. Sie haben keine Chance der Anhörung mehr.

R. O. VALERIUS

Humor und Wissen sind die beiden großen Hoffnungen unserer Kultur.

Konrad Lorenz

Big Business

„*Das große Geschäft*“ ist eben amerikanisch. Beweise hierfür werden stets neu geliefert. Ein neuer dreistündiger Auschwitz-Film in den USA hat „*Holocaust*“ abgelöst. „*Playing for Time*“ heißt er und soll den Kommentaren zufolge düsterer und grausiger als sein Vorgänger sein. Hat der „*Holocaust*“-Erfolg, der unübersehbar auch ein finanzieller war, den Anstoß gegeben, mit demselben Erfolg in die gleiche Kerbe zu hauen?

Die Auschwitz-Wirklichkeit ist viel zu ernst, zu traurig, zu bedrückend, als daß man sie Geschäftemachern zur Ausbeutung überlassen sollte, die dazu noch durch den Einsatz der Schauspielerin Vanessa Redgrave ihre Skrupellosigkeit offenbaren. Die Hauptrolle des Films, die der Fania Felon, einer jüdischen Französin, die Auschwitz überlebte, ist mit der britischen Schauspielerin Vanessa Redgrave besetzt.

Die als „*rote Vanessa*“ in England bekannte Schauspielerin hatte noch im Frühjahr dieses Jahres auf der Jahresversammlung der britischen Schauspielergewerkschaft „*Equity*“ einen Boykottantrag gegen den Staat Israel eingereicht. Sie wollte Israel zugunsten der Palästinenser mit einem Kultur-Boykott bestrafen.

Diese zwei Seiten der Vanessa Redgrave empörten viele Amerikaner. Die Proteste gegen die Unwahrhaftigkeit dieses Auschwitz-Filmes, gegen den Widerspruch von dargestelltem Geschichtsdrama zur darstellenden Person, häuften sich in den USA. Amerika ist also nicht nur „*Big Business*“, sondern immer wieder hellwach!

R. O. VALERIUS

Ehrung für den Bundesvorsitzenden

Dem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Hubertus Prinz zu Löwenstein wurde anläßlich des 25. Jahrestags der Saarabstimmung vom 23. Oktober 1955 für seinen persönlichen Einsatz für die Rückgliederung der Saar von Ministerpräsident Werner Zeyer der Saarländische Verdienstorden verliehen. Prinz Löwenstein hatte sich 1934/35 unter der Losung „Gegen Hitler für Deutschland“ für die Verlängerung des Völkerbundsmandats eingesetzt und bereits damals, am 5. Dezember 1934, vom Völkerbundsrat die Zusage einer zweiten Abstimmung nach Hitlers Sturz erreicht. Um sie durchzusetzen, organisierte er in den fünfziger Jahren im Saarland „verbotene“ Kundgebungen für eine freie Abstimmung, wurde am 15. Juli 1951 in St. Wendel verhaftet und trug als Abgeordneter des Bundestags (1953-57) u.a. durch eine Saarpetition mit über einer Million Unterschriften wesentlich zur Rückgliederung bei.

V.Z.



**Dr. Winfried Döbertin, 2000 Hamburg
Vorsitzender der Julius-Leber-Gesellschaft, berichtet von staatspolitisch wichtigen Vorgängen in Hamburg.**

Hamburgs Verfassung kennt ein an sich nützliches Kuriosum: Hat die Landesregierung, der Senat, die Absicht, Beamte zu ernennen, so bedarf es dazu der Zustimmung der Beamtenernennungskommission. Sie besteht aus drei Beamten des höheren Dienstes, vom Senat ernannt, und drei von der Bürgerschaft, dem Landesparlament, gewählten Mitgliedern.

Zwischen dem Senat und dieser Kommission hat es in der jüngsten Vergangenheit verschiedentlich Differenzen gegeben wegen der beabsichtigten Ernennung von Kommunisten unterschiedlicher Richtung zu Lehrern als Beamte auf Lebenszeit. War Hamburg früher unter seinem großen Bürgermeister Herbert Weichmann und unter dessen Nachfolger Peter Schulz strikt gegen die Ernennung von Extremisten zu Beamten, so ist heute eine Kehrtwendung zu erkennen.

Kommunisten, auch führende Funktionäre dieser Partei, sollen nicht daran gehindert werden, in Hamburgs Schulen als Lehrer zu unterrichten. Nach Angaben des Hamburger Verfassungsschutzes sind zur Zeit etwa 300 Kommunisten als Lehrer an Hamburgs Schulen tätig. Eine weitaus größere Zahl von jungen Lehrern, die allermeisten von ihnen ordentliche Demokraten, ist dagegen arbeitslos.

Es ergaben sich bald Schwierigkeiten mit der Beamtenernennungskommission, die sich weigerte, allzu stadtbekanntem Kommunisten ihr Plazet zu geben. Zwei CDU-Mitglieder, ein Sozialdemokrat und ein parteiloser wegen seiner fachlichen Qualifikation allseits geachteter höherer Beamter verhinderten in der Kommission den Vormarsch der Kommunisten. In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung der Kommission fehlten nun das erwähnte standhafte SPD-Mitglied und der höhere Beamte. Bei dieser „passenden“ Gelegenheit wurden sieben sogenannte Altfälle bereinigt, wie man sich ausdrückte. Weitere sieben stadtbekanntere Kommunisten wurden Beamte auf Lebenszeit!

Der Ernennungsvorgang fand statt in den Tagen, als die DDR die Sätze ihres Zwangsumtausches drastisch erhöhte und damit das Ende der bisherigen Verständigungspolitik dokumentierte.

Der Ernennungsvorgang fand auch statt in einer Zeit, in der wir das Wiederaufleben eines schrecklichen Neonazismus erleben. Wie will sich der Hamburger Senat mit moralischer Legitimität verhalten, wenn Extremisten von rechts zur Ernennung anstehen? Muß dann nicht der Gleichheitsgrundsatz gelten?

Wird ein ordentlicher demokratischer Lehrer nicht eingestellt, natürlich mangels Bedarfs, so nimmt davon niemand öffentlich Notiz. Wird ein Extremist abgelehnt, so darf er lauter Sympathie sicher sein. Welch eine Verkehrung demokratischen Ethos!

Die Tage Herbert Weichmanns, des alten und geschichtserfahrenen Reichsbannermannes, sind in Hamburg vorbei.

Gestern und heute

Die von Herrn Döbertin geschilderten Hamburger Vorgänge erwecken in uns Erinnerungen aus den 20er Jahren. Die Kommunisten versuchten damals mit blutigen Aufständen in Berlin, Thüringen, Mitteldeutschland und im Vogtland, die Weimarer Republik zu zerstören. In der Nacht zum 23. Oktober 1923 erfolgte ein schwerer kommunistischer Aufruhr in Hamburg. Etwa 200 bewaffnete Kommunisten über-rumpelten überraschend dreizehn Polizeiwachen am Rande der Stadt und töteten 14 Polizisten. Der Aufstand war von den Massen isoliert. Zehntausende zu dieser Zeit in Hamburg streikende Arbeiter wollten von der kommunistischen Diktatur des Proletariats nichts wissen.

Noch weniger wollen heute die Arbeiter eine kommunistische Herrschaft. Die Nachfolger der Hamburger Polizistenmörder werden nicht mehr Polizeiwachen, sondern Gehirne überrumpeln. Der Mord an unseren herkömmlichen demokratischen Begriffen und Deutungen wird den Weg freimachen für die „fortschrittliche“ Auslegung von „gerechten“ Kriegen des „friedliebenden sozialistischen Lagers“ und der maßlosen Unterdrückung „demokratischer“ Kräfte in der Bundesrepublik. Die heimliche Verbreitung des kommunistischen Virus in den Hamburger Schulen ist strategisch erfolgsversprechender als der Sturm auf Polizeistationen.

Am 17. Mai 1928 überfielen in dem Arbeiterviertel Barmbeck Kommunisten eine Schar Reichsbannerkameraden und erschossen den Kameraden Tiedemann von der 11. Abteilung des Ortsvereins Hamburg. Wenige Stunden später in Eimsbüttel erschossen Nationalsozialisten den Reichsbannerkameraden Leo Heidorn von der 1. Abteilung. Die „*Illustrierte Reichsbanner-Zeitung*“ schrieb damals: „Die Namen der beiden Kameraden Leo Heidorn und Tiedemann werden fortleben auf den Ehrentafeln, die die Republik in glücklicheren Jahren ihren Vorkämpfern setzen wird.“

Statt dessen werden heute Lehrstühle geboten für die legitimen Nachfolger der Mörder von Barmbeck. Durch solche Vorgänge ermutigt erheben auch Nazis wieder ihr Haupt und ihre Stimme.

Helmut Esser, Rüsselsheim



**Michael Mann-Kauert, 6078 Neu Isenburg,
wurde durch die Reichsbanner-Zeitung Nr.1/1980
zu folgender Zuschrift angeregt:**

Den Aufruf von Hubertus Prinz zu Löwenstein „**An die deutsche Jugend**“ möchte ich aus meiner Sicht ergänzen.

Als junger Mensch hat mich der Appell von Hubertus Prinz zu Löwenstein sehr beeindruckt. An die deutsche Jugend gerichtet, fordert er das klare Bekenntnis der Heranwachsenden zu unserer Demokratie. Gleichzeitig verspricht Prinz zu Löwenstein persönlich zur Verfügung zu stehen. In meinem Freundeskreis haben wir über diesen Leitartikel im Heft Nr. 1 „Das Reichsbanner“ ausführlich diskutiert. Davon möchte ich berichten.

Wir Jungen werden auch in Schule und Ausbildung aufgefordert, uns tatkräftig zu unserer Demokratie zu bekennen. Theoretisch ist dieses Bekenntnis einfach abzugeben und erfordert keine große Anstrengung. Wie aber sieht das Umsetzen in die praktische Arbeit aus?

Das offene Bekennen, Demokrat sein zu wollen, ist schnell geschehen und kostet in unserem demokratischen Staat keine Opfer. Diese Opfer hat die vorhergehende Generation für unsere Zukunft erbracht. Die Vermittlung dieses „Geschenkes“ in den Ausbildungsstätten ist ungenügend. Zugegeben, eine voll befriedigende Lösung für alle ist niemals zu erreichen. Doch wie sinnvoll ist es, daß Übergewicht des Unterrichts auf zukunftsorientierten Lösungsvorschlägen aufzubauen unter Vernachlässigung der Unterrichtung von Grundlagen der Demokratie? Wie sollen junge Leute reagieren, wenn das Bild dieser Bundesrepublik Deutschland im Unterricht aus einer katastrophalen Verteidigungspolitik und einer Ansammlung von dauerndem Versagen gegenüber moralischen Prinzipien besteht? Wo wird denn auf die Bedeutung des gemeinsamen Konsensus aller Demokraten hingewiesen?

In unserem Alter ist man im wesentlichen von der Vermittlung von Werten und Haltungen durch die Älteren abhängig, weil die persönlichen Erfahrungen naturgemäß noch sehr gering sind. Programmaussagen von Parteien und anderen Institutionen haben sich in der Praxis als sehr dehnbar und nicht unbedingt durchschaubar erwiesen. Eine Absichtserklärung ist etwas ganz anderes, als sehr oft in der praktischen politischen Arbeit erkennbar. Da scheinen

eher Machterhaltungs- oder Machtgewinnungsinteressen den Ausschlag für das Handeln zu geben. Kurz, die „Geduldigkeit des Papiers“ ist kein Eckpfeiler des Vertrauens.

Zur Glaubwürdigkeit der demokratischen Aussage trägt wesentlich das persönliche Vorbild bei. Sicherlich tragen die ständige persönliche Auseinandersetzung, die fortlaufende Polemik und die Überziehungen nicht dazu bei, Vertrauen bei jungen Leuten zu schaffen. Jede Jugend braucht ihre Vorbilder, aber sind die derzeitigen politischen Persönlichkeiten als Vorbilder zu sehen? Ich meine hier eher den brutalen Durchsetzungswillen zur Macht zu erkennen und nicht die Auseinandersetzung der Demokraten um den besseren Weg. Und, wie Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt: „*Sechzehnjährige, die bereits an ihre Pensionsansprüche denken*“, sind dann eigentlich keine Überraschung mehr.

Gerade deshalb sind meine Freunde und ich froh, daß sich im „Reichsbanner“ noch Persönlichkeiten für die Erhaltung und Festigung unserer Demokratie abseits von parteipolitischen Überlegungen engagieren wollen.

Das persönliche Vorbild ist Motor und Garant unserer Demokratie!

Die Zukunft unserer Demokratie hängt entscheidend auch davon ab, wie sehr sich die Menschen für unsere Demokratie engagieren wollen. Und auch davon, welchen Preis sie bereit sind zu zahlen, um ihre persönlichen Interessen durchzusetzen. Das, nach meinem Verständnis, ständige Überbetonen von Gegensätzlichkeiten, die ständigen Beschimpfungen und die fortwährende Behauptung von politischen Gruppierungen „*im Besitz der einzigen, gültigen Moral zu sein*“, wird auf Dauer die Bereitschaft junger Leute, sich politisch zu betätigen, lahmlegen. Hier könnte dem „Reichsbanner“ eine tragende Rolle zukommen, dem Trend in der deutschen Jugend durch persönliches Beispiel entgegenzuwirken. Der persönliche Einsatz aktiver Demokraten ist unerlässlich.

Freiheit – ein hartes Brot

So verschieden auch die Formen einer echten Demokratie sein mögen, in seinem Gehalt ist der Begriff Demokratie unteilbar. Er ist unwiderruflich in dem Ideal der Freiheit begründet! Er kann als Staatsform nur erhalten bleiben, wenn auch die Menschen sich in ihrer Mehrheit für dieses Ideal mehr als nur mit dem Stimmzettel einsetzen. Auch unter persönlichen Opfern.

Die raffinierten Pseudo-Demokraten des Rechts- und Linksextremismus müssen entlarvt werden. Sie sind die Parasiten freiheitlicher Möglichkeiten, die dort ihre Grenzen haben, wo sie sich selbst aufgeben würden.

Unsere Staatsform ist die parlamentarisch-demokratische. Zu ihr stehen wir mit all ihren Vorzügen und Schwächen. Sie ist ein hartes Brot. Aber sie ist unsere Freiheit!



DAS REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD
Bund aktiver Demokraten e.V. und die
UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER-
und VERFOLGTENVERBÄNDE e.V... (UDWV)

**grüßen gemeinsam alle Mitglieder und
Kameraden, alle Freunde und Gönner, mit
GUTEN WÜNSCHEN FÜR DAS NEUE JAHR!**

Die Sehnsucht nach dem Frieden überall in der
Welt darf auch im NEUEN JAHR nicht verkümmern,
denn sie allein schafft die Kraft und den Mut,
in jeder Region der Welt danach zu streben,

**den FRIEDEN zu verankern!
PAX! PEACE! PAIX! SCHALOM!**

Hubertus Prinz zu Löwenstein — Georg Prinz

Leser schreiben

Wilhelm Heidtmann aus Stade, dessen Vater vor 1933 der Vorsitzende des Reichsbanners in Stade war, erinnert uns an den am 8.9.1980 in einem Hamburger Krankenhaus verstorbenen Hermann Claudius:

„Der Dichter des Liedes *'Wenn wir schreiten Seit' an Seit'* Hermann Claudius starb im Alter von 102 Jahren. Dieses Lied wurde viel in der bündischen Jugend und auch im Reichsbanner gesungen. Mit meinem Vater (Reichsbannerführer in Stade) war Hermann Claudius durch die gemeinsam erlebten Kriegsjahre des 1. Weltkrieges verbunden. So manchem Nachkommen dürfte dieser Mann bekannt sein. Besonders trifft es jene wenigen, die heute sich noch an das Hanseatische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 76 im Standort Hamburg erinnern. Hermann Claudius war in seiner Liebe zu Deutschland ein Fortschrittlicher und in manchen Fragen ein Kritischer. Nun hat er seine Reise angetreten zu den Ahnen, einst bekannt durch den „Wandsbeker Boten“. Was er gegeben, wirkt in uns fort.“

Anmerkung der Redaktion: Hermann Claudius ist der Urenkel von Matthias Claudius, dem Herausgeber des „Wandsbeker Boten“.

Walter Goerlach, 3400 Göttingen:

„Besten Dank für die Übersendung der neuen Nummer der Reichsbanner-Zeitung, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Die hier veröffentlichten Aufsätze finden meine volle Zustimmung.“

Insbesondere hat es mich interessiert, daß Sie hinsichtlich des Beschlusses der israelischen Regierung wegen Ost-Jerusalem den gleichen Standpunkt vertreten, den ich ebenfalls von Anfang an vertreten habe. Dabei geht es mir weniger um einen teilweise heute propagierten leicht verlogenen Philosemitismus als vielmehr darum, daß man eine organisch gewachsene Stadt nicht künstlich teilen soll. Es erregt mich immer wieder, wenn ich in Berlin über die Mauer sehe oder auch hier an der Zonengrenze stehe, welche Unmenschlichkeiten diese künstlich gezogenen Grenzen bewirken.

Wir sollten deshalb nicht nur im eigenen Lande, sondern überall in der Welt darauf hinwirken, daß nicht neue derartige Grenzen gezogen werden.

Geburtstagstelegramm

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold übermittelte telegrafische Glückwünsche an den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Georg Leber zu seinem 60. Geburtstag. Georg Leber hatte schon mehrfach seine Verbundenheit mit dem Reichsbanner bewiesen. Sein Dankschreiben kam jetzt an unseren Bundesvorsitzenden:

Wer ist der Imperialist?

Unter diesem Titel ist die deutsche Ausgabe einer Veröffentlichung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO herausgekommen. Diese Broschüre bietet auf 68 Seiten auf Glanzpapier in Texten, Zahlen und mit ausgezeichnetem Kartenmaterial eine lückenlose Information über die territoriale Ausdehnung der kommunistischen Herrschaftsbereiche seit 1939. Obwohl die Aufzeichnungen etwa 1974 enden, kann der Leser die neuen Veränderungen im Weltmaßstab aus eigenem aktuellen Wissen heraus ergänzen.

Ein Sonderposten dieser Broschüre steht dem Landesverband Hessen zur Verfügung. Gegen Einsendung von DM 5,00 (einschließlich Versandkosten) kann die Broschüre bezogen werden. Anschrift: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Landesverband Hessen, Postfach 4007, 6000 Frankfurt, Postscheckkonto 35 43 — 609 Frankfurt.

„Als der Gründer des bolschewistischen Rußland, Lenin, in seinem Schweizer Exil 1916 die berühmte Broschüre *'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'* verfaßte, konnte er gewiß nicht ahnen, daß wesentliche Punkte seiner Theorie bald auf sein eigenes Land, die Sowjetunion, passen würden.“

L. Singer

Einmischung

SED-Generalsekretär Erich Honecker hatte in seinen „programmatischen Reden“ im Oktober die Bundesrepublik, besonders das westdeutsche Fernsehen, der Einmischung in die Angelegenheiten der DDR beschuldigt. Er warnte die Bewohner der DDR vor den „Westkanälen“. Diese werden als „Lügenfabrik“ und als Gefahr für den Frieden bezeichnet.

In der Bundesrepublik agieren außer der DKP Dutzende SED-höriger Hilfsorganisationen, bestehen Dutzende DKP-Betriebszeitleitungen, zersetzen zahllose Verbalagenten alle Bereiche, — alles und alle in linientreuer Hörigkeit zur SED — und mit riesigen Summen von Honecker finanziell unterstützt. Von Einmischung spricht niemand.

Entlarvung des TÜRMER-VERLAGES

Im TÜRMER-Verlag in Starnberg erschien das Buch „Kleine deutsche Geschichte“, dessen Inhalt mehr denn eigenartig ist, sogar deutlich kennzeichnend, was schon wenige Hinweise beweisen:

„Reichskanzler Brüning erpresste siebeneinhalb Milliarden Mark aus dem deutschen Volk, um sie dem Ausland zu geben Auf deutschem Boden hat es niemals Vernichtungslager gegeben Die Juden wurden zur Auswanderung angehalten, was England und Polen verhinderten. Nachher wurden sie inhaftiert“ (!)

Der Ungeist, der in dieser „deutschen Geschichte“ einhergeht, ist nicht auszurotten. Man muß ihn aber rechtzeitig brandmarken. Ganz toll ist jedoch, wie der Verlag mit dem Titel Schindluder getrieben hat.

Die echte KLEINE DEUTSCHE GESCHICHTE ist das in zehntausenden von Exemplaren verbreitete Buch unseres Reichsbannerkameraden Hubertus Prinz zu Löwenstein. Der Türmer-Verlag hat versucht, den Titel des republikanisch-demokratischen Werkes Löwensteins zu entwenden und seinem eigenen unsauberen Machwerk unterzuschieben.

Rechtsanwalt Siegfried K. Menters, der Justitiar des Freien Deutschen Autorenverbandes, hat gegen den Türmer-Verlag auf Unterlassung geklagt und bekam bereits in der ersten Instanz Recht. Nicht genug damit. Der Türmer stürmte in die Berufung, worauf das Oberlandesgericht München ihn abwies und damit in oberster Instanz zu Gunsten des Klägers entschied.

Die Unverschämtheit des Türmer-Verlages gipfelte in der Unterstellung vor Gericht, Prinz zu Löwenstein erwarte allein schon deshalb ein Urteil zu seinen Gunsten, weil er Emigrant und Nazigegner gewesen sei. Hiermit offenbarte sich der Türmer-Verlag in seiner unverbesserlichen Gesinnung.

Anmerkung: Nachforschungen haben ergeben, daß ein Stürmer-Verlag in der Bundesrepublik noch nicht aufgetaucht ist.

Justus

Die Lage Israels

In einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung des Frankfurter Ortsvereins im Haus Dornbusch sprach MOSHE GERHARD HESS, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, über DIE LAGE ISRAELS. Seine gründliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des jüdischen Volkes, seiner Leiden, Vertreibungen und Verflechtungen, haben einen nachhaltigen Eindruck auf die Zuhörer hinterlassen. Die Sorgen und auch die Entschlossenheit des heutigen Staates ISRAEL sind bei einem solchen geschichtlichen Hintergrund umso verständlicher, was auch in den vielen Beiträgen der Aussprache zum Ausdruck kam.

Hakenkreuzfahnen und Hetz-Pamphlete

Wenn jedes entdeckte Hakenkreuzgeschmiere von interessierten Kreisen bestimmter Couleur geradezu gierig aufgegriffen wird, um die Bundesrepublik kommender Renazifizierung zu zeihen, dann ist meist nicht erwiesen, w e r da plakatiert hat. „Rechtsextreme“ Anschläge auf antikommunistische Flüchtlinge erscheinen auch nicht gerade in eine politische Denkweise zu passen. Attentäter, deren PLO-Verbindung erkannt wird, „rechtsextrem“ einzuordnen, bedarf einiger Verrenkungen bei der bekannten Moskau-Verbundenheit der Arafat-Organisation.

Umso deutlicher muß das Auftreten unverblümter Nazis angeprangert werden. Angeklagt werden jetzt von der Hessischen Staatsschutzkammer drei mutmaßliche Angehörige einer NSDAP-Aufbauorganisation in Frankfurt, die offensichtlich schon seit 1976 ihr Unwesen treiben. An verschiedenen markanten Plätzen waren große Hakenkreuzfahnen aufgehängt worden. In der Neujahrsnacht 1977 flatterten in 90 m Höhe am Gerüst des Frankfurter Doms allein 4 Hakenkreuzfahnen. In unterschiedlichen Stadtteilen Frankfurts wurden die Briefkästen mit antisemitischen Hetzschriften „beliefert“.

Der verbrecherische Text *„Braucht ihr einen Lampenschirm, schlachtet einen Juden“* raubt einem den Atem. Die Verdächtigen sollen solche Art Texte selbst verfaßt haben. Sie existieren aber nicht als isolierte Zelle. Die Verbindung ins Ausland ist der schon lange erkannte Lebensnerv der Nazigruppierungen in der Bundesrepublik. Auch in dem Frankfurter Fall zeichnet sich die berüchtigte Verbindung zu der NSDAP-Aufbauorganisation des Amerikaners Garry Laux ab.

R. Becker

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Nr. 4 – November 1980 – 24. Jahrgang – erscheint seit 1924
Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bundesvorstand, Reineckstr. 7, 6000 Frankfurt 1,
Postfach 4007, Ruf (06193) 8 97 39
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 10077651
Stadtsparkasse Frankfurt/Main, Kto.-Nr. 207167
Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115-600
Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach – Helmut Esser,
Rüsselsheim, – Siegfried Keiling, Bad Homburg
– Fritz König, Frankfurt – Hubertus Prinz zu
Löwenstein, Bonn – Georg Prinz, Diedenbergen.
Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.
Druck: Foto-Druck-Color, Frankfurt, Königsberger Str. 8,
Tel. (0611) 77 67 74 / 77 18 36.

Die unter Verfasseramen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangaben gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung zweifach. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Einzelheft DM 1,50 – Jahresabonnement DM 6,- zuzüglich Versandkosten. Abbestellung bis sechs Wochen vor Jahresschluß. Redaktionsschluß am 1., Anzeigenschluß am 5. jeden 3. Monats. (Feb. Mai. Aug. Nov.)